GENDER OPEN REPOSITORIUM

Ausschluss trotz Einschluss. Ungleiche Handlungsressourcen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern

Kletzing, Uta

2018

https://doi.org/10.25595/3616

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kletzing, Uta: *Ausschluss trotz Einschluss. Ungleiche Handlungsressourcen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 2, 95–110. DOI: https://doi.org/10.25595/3616.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.08

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Scholz, Sylka (Ed.), 2007: "Kann die das?" Angela Merkels Kampf um die Macht. Berlin.

Schramm, Julie, 2016: Fifty Shades of Merkel. Hamburg.

Spiegel Online, 2008: Plunging Neckline – Merkel 'Surprised' by Attention to Low-Cut Dress. 15.4.2008. Internet: http://www.spiegel.de/international/germany/plunging-neckline-merkel-surprised-by-attention-to-low-cut-dress-a-547512.html

Unabhängiger Frauenverband/Autonome Frauenredaktion im Argument (Eds.), 1990: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Hamburg.

von Wahl, Angelika, 2011: A 'Women's Revolution from Above'? Female Leadership, Intersectionality, and Public Policy under the Merkel Government. In: German Politics. 20 (3), 392-409.

Voth, Helga/**Kootz**, Johanna (Eds.), 1990: Gleichstellungspolitik in der DDR und der BRD. Humboldt University Berlin.

Weber, Max, 1919: Politik als Beruf. München, Leipzig.

Wiliarty, Sarah Elise, 2010: The CDU and the Politics of Gender in Germany. Bringing Women to the Party. Cambridge UK.

Winkler, Gunnar (Ed.), 1990: Frauenreport '90. Berlin, 108-113.

Woodward, Alison E., 2012: From Equal Treatment to Gender Mainstreaming and Diversity Management. In: Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce Marie (Eds.): Gendering the European Union. Basingstoke UK, 85-103.

Yoder, Jennifer, 2011: An Intersectional Approach to Angela Merkel's Foreign Policy. In: German Politics. 20 (3), 360-375.

Young, Brigitte, 1999: Triumph of the Fatherland. German Unification and the Marginalization of Women. Ann Arbor MI.

Ausschluss trotz Einschluss. Ungleiche Handlungsressourcen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern

UTA KLETZING

Frauen in der Politik sind nicht mehr die Ausnahme, aber noch längst nicht die Regel. In keinem Parlament Deutschlands seit 1919 sind Frauen gleichberechtigt vertreten gewesen.[1] Auf der kommunalen Ebene sieht die Frauenrepräsentanz mit durchschnittlich etwa einem Viertel Mandatsträgerinnen sowie mit rund einem Zehntel (Ober-)Bürgermeisterinnen und Landrätinnen am rückständigsten aus. In den Landtagen sind durchschnittlich etwa ein Drittel der Mandate in Frauenhand, allerdings mit einer hohen Spannbreite zwischen etwa 41% und etwa 25%. Ministerpräsidentinnen gibt es aktuell zwei, und Deutschland hatte bislang insgesamt sechs. Der höchste Frauenanteil, den der Deutsche Bundestag je vorweisen konnte, lag bei 37% – und zwar in der letzten Legislaturperiode. Der Rückgang auf 30,9% Frauen

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.08

im aktuellen 19. Bundestag setzte den Trend sinkender Frauenanteile fort, der auch bei den letzten Landtagswahlen zu beobachten war.
Aus ihrem Status als zahlenmäßige Minderheit und als nicht-‚männliche' Wesen[2] entsteht gegenwärtig eine paradoxe Situation für Frauen in der Politik: Wie auch in anderen Führungspositionen kommen sie zunehmend vor und sind damit qua formaler Position irgendwie „drin". Aber auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht dominieren Männer und ‚Männlichkeit' den politischen Raum. Politikerinnen sind also unverändert auch irgendwie „draußen". Die diesem Beitrag zugrunde liegende empirisch-analytische Forschung (Kletzing 2017a) geht diesem Ausschluss trotz Einschluss am Beispiel von hauptamtlichen Bürgermeisterinnen[3] nach.
Mit der Untersuchung der Handlungsressourcen von Kandidat_innen in der Wahlsituation und von Bürgermeister_innen in der Regierungssituation verbindet sich ein Perspektivwechsel gegenüber der bisherigen politikwissenschaftlichen Gender-Forschung zur Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik. Bisherige Frauenrepräsentanz-Forschung hat mögliche Mechanismen des Ein- und Ausschlusses herausgearbeitet, die den grundsätzlichen Zugang zu politischen Entscheidungs- und Führungspositionen geschlechtlich strukturieren. Möglichen Ausschlüssen auch nach Erreichen der Entscheidungs- und Führungspositionen als Nominierte bzw. Gewählte, also den möglicherweise ungleichen Bedingungen (Ausschluss) trotz gleicher Position (Einschluss) galt bislang kaum wissenschaftliche Beachtung.
Für diese Ausschlüsse der qua formaler Position Gleichen bzw. Eingeschlossenen interessiert sich die vorliegende Forschung mit der Frage nach den Handlungsressourcen und damit nach dem Ausgebremst-Werden bzw. Angeschoben-Werden von Kandidat_innen bzw. Bürgermeister_innen. Machen Verteilung und Verteilungsmechanismen von Handlungsressourcen die Kandidatinnen bzw. Bürgermeisterinnen zu ausgeschlossenen Eingeschlossenen?
Nach Überblicken über die theoretisch-konzeptionelle Ausgangslage sowie über die Daten und Vorgehensweise der Untersuchung beantworten die Ergebnisse zwei Fragen: Worin genau bestehen die Ausschlüsse für Kandidatinnen bzw. Bürgermeisterinnen? Und was lässt sich daraus für weitere Forschung und politische Praxis ableiten? Der Beitrag schließt mit einem Fazit, das für einen Kulturwandel in der Politik plädiert sowie für ein Paritätsgesetz, um diesen anzustoßen.

Theoretischer Rahmen, Forschungsannahmen, Forschungsstand

Sowohl bei der theoretischen Fundierung als auch bei dem einbezogenen Forschungsstand wurden Brücken zwischen politikwissenschaftlicher Gender-Forschung und politik- bzw. kommunalwissenschaftlicher Führungsforschung geschlagen.[4]
Für die theoretische Rahmung wurde die „Forschungsheuristik" (Mayntz/Scharpf 1995, 39) des Akteurzentrierten Institutionalismus (AzI) mit der theoretischen Konzeptualisierung von Geschlechtergerechtigkeit (Pimminger 2012)[5] kombiniert. Der AzI bietet einen Rahmen, um Gender im theoretischen Forschungsansatz als eine

Institution der Makro- und Meso-Ebene (neben anderen) und die Genusgruppe als ein Akteursmerkmal der Mikro-Ebene (neben anderen) zu definieren. Die drei Gender-Dimensionen von Pimminger (2012) – Geschlechternorm, Geschlechterordnung, Geschlechterstruktur – legen zum einen nahe, dass Gender und Genusgruppe erklärungsrelevante Kontextfaktoren für Handlungsressourcen und Handeln sind. Zum anderen umreißen die für jede Gender-Dimension definierten Mechanismen, die systematisch Geschlechterungerechtigkeit erzeugen (wie z.B. Heteronormativität, Androzentrismus, geschlechtliche Arbeitsteilung), die Wirkweisen, wie sich Gender und Genusgruppe auf Handlungsressourcen und Handeln auswirken können.

Folglich begründete der theoretische Forschungsansatz die Forschungsannahme des Ausschlusses: Geschlechternorm, Geschlechterordnung (u.a. double bind[6]) und Geschlechterstruktur (u.a. Werdegänge/Lebenszusammenhänge, Vereinbarkeitssituation) weisen den Kandidat_innen und den Bürgermeister_innen unterschiedliche Ausgangslagen zu.

Aus dem AzI leitet sich auch das Konzept der Handlungsressourcen ab. Handlungsressourcen sind nach Scharpf (2000, 86) Ausgangslagen, „die es einem Akteur ermöglichen, ein Ergebnis in bestimmter Hinsicht und zu einem gewissen Grad zu beeinflussen". Für die Handlungssituationen von Bürgermeister_innen sind diejenigen Ausgangslagen relevant, die die Chancen der Kandidat_innen auf Wahlerfolg bzw. die Chancen der Bürgermeister_innen auf Amtserfolg maßgeblich mitbestimmen.

Die Untersuchung der Handlungsressourcen ermöglicht Antworten auf die Frage, inwiefern Gender Handlungssituationen vorstrukturiert und das Handeln von Bürgermeister_innen von vornherein in geschlechtlich strukturierte Bahnen lenkt. Damit soll exemplarisch „entdeckt bzw. aufgedeckt" werden, „wie Geschlechtsunterscheidungen hervorgebracht bzw. gemacht werden" (Krell 2004b, 386) und wie „institutionalisierte Reproduktionsweisen von Zweigeschlechtlichkeit" (Wetterer 2004, 128) verfasst sind und zustande kommen.

Der Forschungsstand zu hauptamtlichen Bürgermeister_innen (u.a. Lukoschat/Belschner 2014; Bertelsmann Stiftung/Deutscher Städtetag/Deutscher Städte- und Gemeindebund 2008; Bogumil/Heinelt 2005; Scholz 2004) und zu anderen Berufspolitikerinnen (u.a. Schaeffer-Hegel u.a. 1998; Meyer 1997) gestaltet sich insgesamt eher überschaubar. Auch lassen politikwissenschaftliche Gender-Forschung auf der einen Seite und politik- und kommunalwissenschaftliche Führungsforschung auf der anderen Seite als bisherige Parallelwelten stets eine Perspektive auf ihren Forschungsgegenstand vermissen: entweder die Perspektive auf Bürgermeister_innen als kommunale Spitzenpolitiker_innen, die auch in Eigenlogiken des (kommunal-) politischen Feldes eingebunden sind, oder die Perspektive auf Bürgermeister_innen, die auch einer Genusgruppe angehören und deren Handlungssituationen damit auch durch Gender geprägt sind. Damit entgehen beiden Forschungssträngen wertvolle Antworten auf die je eigenen Forschungsfragen.

Der Forschungsstand, der den Ausgangspunkt der vorliegenden Forschung bildete,[7] lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die politikwissenschaftliche Gender-For-

schung hat vornehmlich die Wahlsituation ins Visier genommen, um die Unterrepräsentanz von Politiker_innen zu erklären. Die Ursachen werden in erster Linie in den Werdegängen und Lebenszusammenhängen von Politiker_innen und in der Rolle von Parteien als Gatekeeper verortet (u.a. Kletzing/Lukoschat 2010; Holtkamp/Schnittke 2010). Auch hat die politikwissenschaftliche Gender-Forschung die grundsätzlich ‚männliche' Kodierung der Wahlsituation und der Regierungssituation nachgewiesen (u.a. Schaeffer-Hegel et al. 1998). Angesichts des übergreifenden androzentrischen Wirkmechanismus der „Setzung männlicher Standards, die Frauen als defizitär erscheinen lassen" (Pimminger 2012, 134) stellt sich für das politische Feld die Frage, worin sich ‚männliche' Standards in der Wahlsituation von Kandidat_innen und in der Regierungssituation von Bürgermeister_innen zeigen und wie sie wirken. Um diese Frage zu beantworten, bedarf es – anders als in bisheriger politikwissenschaftlicher Gender-Forschung – des Einbezugs von Männern als Untersuchungsgruppe und von Konzepten kommunalwissenschaftlicher Führungsforschung.

Auch die kommunalwissenschaftliche Führungsforschung hebt die Rolle der Gatekeeper von Parteien in der Wahlsituation von Bürgermeister_innen hervor und zeichnet die gegenwärtige soziale Praxis der Eignung(sbeurteilung) von Kandidat_innen entlang von Auswahlverfahren und -kriterien nach (u.a. Gehne 2008). Insgesamt bleibt der Stand des systematischen Forschungswissens über die zentralen „Standard Operating Procedures" (ebd., 35) in der Wahlsituation von Bürgermeister_innen, also von potenziell ausschlussrelevanten Spielregeln, jedoch auch seitens der kommunalwissenschaftlichen Führungsforschung unbefriedigend. Vergleichsweise dezidierter als die politikwissenschaftliche Gender-Forschung hat sich die kommunalwissenschaftliche Führungsforschung mit der Regierungssituation von Bürgermeister_innen befasst (u.a. Holtkamp 2008; Bogumil/Heinelt 2005). Trotz weitgehender Gender-Blindheit der Forschungen werden mit den Kontextfaktoren des kommunalpolitischen Feldes zentrale Drittvariablen definiert und Strukturierungen eröffnet, auf die Gender-Analysen aufsetzen können. Auch ermöglichen Konzeptualisierungen von Wahlerfolg und Amtserfolg, die relevanten Handlungsressourcen von Bürgermeister_innen in der Wahlsituation und in der Regierungssituation abzustecken (u.a. Bogumil/Holtkamp 2005; Grasselt/Korte 2008).

Anders als die theoriebasierte Forschungsannahme des Ausschlusses veranlasste der Forschungsstand eher zur Einschlussthese: Als von ihren Parteien nominierte Kandidat_innen und von den Bürger_innen gewählte Bürgermeister_innen erfahren sie keine geschlechterbedingten manifesten Platzanweisungen in Form von unterschiedlichen Handlungsressourcen.[8]

Daten und Vorgehensweise

Ziel der Analyse ist es, die Chancen der Kandidat_innen auf Wahlerfolg bzw. die Chancen der Bürgermeister_innen auf Amtserfolg zu untersuchen. Dafür wurden die

quantitative Verteilung von fünf relevanten Handlungsressourcen sowie die Mechanismen, die die jeweilige Verteilung hervorbringen, für insgesamt 22 hauptamtliche Bürgermeister_innen (jeweils elf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister) sowohl in der Wahl- als auch in der Regierungssituation ermittelt. Sie führen Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 Einwohner_innen in Nordrhein-Westfalen (NRW) und gehören der SPD an.[9]

In NRW gab es zum Zeitpunkt der Interviewvorbereitung (Januar 2012) in besagter Gemeindegrößenklasse 16 hauptamtliche Bürgermeisterinnen, von denen die parteibezogen größte homogene Gruppe von elf Bürgermeisterinnen der SPD angehörte. Die Vergleichsgruppe der elf Bürgermeister wurde so ausgewählt (aus insgesamt 51), dass sie den jeweiligen Gemeindegrößen der Bürgermeisterinnen am nächsten kam.

Mittels mündlicher leitfadengestützter Einzelinterviews und eines Fragebogens wurden die subjektiven Einschätzungen der 22 Bürgermeister_innen erfragt und um objektive Daten und Fakten aus Internet-Recherchen ergänzt. Tabelle 1 zeigt im Überblick die Erhebungs- und Auswertungskategorien, wie sie in Interviewleitfaden, Fragebogen, Recherchen und auch in den Kategorisierungs- und Kodierungsleitfaden für die Datenauswertung, die im Wesentlichen mit der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (2003) erfolgte, eingeflossen sind.[10]

Tabelle 1: Erhebungs- und Auswertungskategorien

Werdegänge/Lebenszusammenhänge	• Lebensalter, Dienstalter • politisch-beruflicher Werdegang • lokale Bindung • Familienverhältnisse
Wahlsituation	• politischer Einstieg • Kandidatur • Amtsvorgänger_in, primäre_r Wahlgegner_in • Zusammensetzung Rat und Parteizugehörigkeit Bürgermeister_innen seit 1994
Regierungssituation	• Zusammensetzung Rat in der Amtsstadt seit Amtsübernahme • Amtseinstieg und Amtsverlauf • Amtsverständnis, u.a. politische Anliegen • Führung der Arenen und arenenübergreifende Führung • (politischer) Erfolg

Für jeden der 22 Fälle lagen ein ausgefüllter Fragebogen, die Interviewtranskription und systematisch von der Autorin (und Interviewerin) dokumentierte erste Eindrücke rund um die Interviewsituation für die Datenauswertung vor. Jedem_r Bürgermeister_in wurde auf Basis dieser Daten eine Ausprägung der jeweiligen Handlungsressource – uneingeschränkte, eingeschränkte oder keine Handlungsressource - zugewiesen.

Ergebnisse

Es lassen sich zwei zentrale Ergebnisstränge zusammenfassen: Erstens, die Verteilung der Handlungsressourcen ergibt für die Kandidatinnen bzw. Bürgermeisterinnen nachteilige Ausgangslagen. Zweitens, die nachteilige Verteilung der Handlungsressourcen kann jedoch dem Erfolg der Kandidatinnen bzw. Bürgermeisterinnen nichts anhaben.[11]

Handlungsressourcen der Wahlsituation

Tabelle 2 stellt die Handlungsressourcen, die für Kandidat_innen in der Wahlsituation als relevant definiert wurden, sowie deren Indikatoren überblicksartig dar.

Tabelle 2: Handlungsressourcen der Wahlsituation und ihre Indikatoren im Überblick

Handlungsressourcen	(Unter-)Indikatoren
Eignung(sbeurteilung)	• Übereinstimmung mit heuristischen Eignungskriterien
situative Wahlchancen	• begünstigende vs. erschwerende parteipolitische „Großwetterlage¨ (Helms 2008: 19)* in der Amtsstadt • schwache_r vs. starke_r primäre_r Wahlgegner_in
Rückhalt der Ortspartei	• Beurteilung der Eignung seitens Ortspartei • Beurteilung der situativen Wahlchancen seitens Ortspartei • Umstände der Bewerbung um die Kandidatur • Grad der aktiven Partei- und Politiksozialisation der_des Kandidatin_en

* Der Begriff geht auf die „politische und ökonomische ‚Großwetterlage'¨ von Helms (2008, 19) zurück, die er als einen unter mehreren Einflussfaktoren für die Regierungsführung definiert.

Eignung(sbeurteilung)

Die Handlungsressource „Eignung(sbeurteilung)"[12] basiert auf dem (objektivierten) Eignungsmaß, welches sich aus dem Grad der Übereinstimmung der Werdegänge und Lebenszusammenhänge der Kandidat_innen mit den heuristischen Eignungs-

kriterien des KandidatEN-Profils[13] ergibt. Das individuelle Merkmalsprofil der Kandidat_innen wurde zunächst den ausführlich erhobenen Werdegängen und Lebenszusammenhängen der Befragten entnommen.[14] Dann wurde es mit dem KandidatEN-Profil abgeglichen, welches sich aus den Befunden bisheriger Bürgermeister_innen-Forschung (u.a. Gehne 2002) ableiten ließ. Folgende Merkmale stellen sich in Form des KandidatEN-Profils als idealtypisch für die positive Eignung(sbeurteilung) heraus:

- Genusgruppe: Mann
- Lebensalter: über 45 Jahre
- politisch-beruflicher Werdegang: hoher Ausbildungs- und Berufsstatus; kommunalpolitische Erfahrung oder kommunale Verwaltungserfahrung
- lokale Bindung: stark
- Familienverhältnisse: „normal" (eheliche Kernfamilie) und Verfügbarkeit absichernd (keine Fürsorgepflichten)

Der Abgleich ergab für jede_n Kandidatin_en eine einschlägige oder nicht einschlägige Eignung(sbeurteilung).
Der Forschungsstand und auch die Aussagen der Bürgermeister_innen legen nahe, dass insbesondere die Eignung(sbeurteilung) geschlechtlich strukturierte Ausschlüsse erzeugt und gleichzeitig immens relevant für den Wahlerfolg ist. Für die Kandidat_innen ist die eigene Beurteilung ihrer Eignung Quelle vom Standing in der Wahlsituation. Sie bedingt, sehr sicher vs. sehr verunsicherbar in eigener Sache aufzutreten - sowohl gegenüber der eigenen Ortspartei als auch gegenüber den Wähler_innen. Des Weiteren fließt die Eignungsbeurteilung der Ortspartei in den Rückhalt für die_den Kandidatin_en und in die Überzeugungskraft des Wahlkampfes ein. Kurzum: Wenn Kandidat_innen von sich selbst und ihre Ortsparteien von ihnen als „die Richtigen" überzeugt sind, setzt dies andere (individuelle und kollektive) Energien für die Wahlsituation frei als wenn nicht – das macht die Eignung(sbeurteilung) zur Handlungsressource.
Angesichts der androzentrischen Eignungskriterien des KandidatEN-Profils überrascht es wenig, dass weniger Kandidatinnen (2) als Kandidaten (7) eine einschlägige Eignung und mehr Kandidatinnen (9) als Kandidaten (4) eine nicht einschlägige Eignung bescheinigt bekommen (Tab. 3).

Situative Wahlchancen

Dass die meisten Kandidatinnen ihrer Erstwahl wenig optimistisch entgegenblicken, wird auch durch die Verteilung der zweiten Handlungsressource erzeugt: die situativen Wahlchancen. Damit ist die Wahrscheinlichkeit des Wahlerfolgs gemeint, die sich unabhängig von der_dem Kandidat_in aus bestimmten situativen Gegebenheiten in der Amtsstadt ableiten lässt. Als ein zentraler objektiver Indikator der

situativen Wahlchancen gilt (u.a. Gehne 2008) die den Wahlerfolg begünstigende vs. erschwerende parteipolitische Großwetterlage in der Amtsstadt, die sich aus folgenden Faktoren zusammensetzt: erstens, welche Partei die Ratsmehrheit hat; zweitens, welches Parteibuch die_der amtierende Bürgermeister_in hat; drittens, wie (in-)stabil sich Ratsmehrheit und Parteibuch der Bürgermeister_innen über mehrere Legislaturperioden hinweg darstellen.
Der zweite Indikator für eher schlechte bzw. eher gute Wahlchancen besteht in der Schwäche vs. Stärke der primären Wahlgegner_innen: Ist es z.B. ein_e Amtsinhaber_in mit/ohne Amtsbonus? Ist der amtierende Bürgermeister regulär-langfristig oder unerwartet-kurzfristig ausgeschieden? Halten die Kandidat_innen ihre Konkurrent_innen für mehr oder weniger geeignet als sich selbst?
Alle diese (Unter-)Indikatoren zusammen ergeben die Ausprägung der je individuellen situativen Wahlchancen der Kandidat_innen. Das Mittelfeld der gemischten Wahlchancen betrifft Kandidatinnen und Kandidaten gleichermaßen (6:6). Jedoch kandidieren mehr Kandidatinnen (4) als Kandidaten (2) mit sehr schlechten und weniger Kandidatinnen (1) als Kandidaten (3) mit sehr guten Wahlchancen (siehe Tabelle 3). Auch die situativen Gegebenheiten in der Amtsstadt bescheren den Kandidatinnen also eine im Vergleich zu den Kandidaten nachteilige Ausgangslage für ihre Erstwahl.

Rückhalt der Ortspartei

Eine dritte Handlungsressource der Wahlsituation ist der Rückhalt der Ortspartei, also wie sehr die Ortspartei als Kapital (z.B. für den Wahlkampf) der Kandidat_innen mobilisierbar ist. Die Datenlage ergab, dass der formale Rückhalt der innerparteilichen Nominierung insbesondere für die Kandidatinnen nicht selbstverständlich mit dem Rückhalt der Ortsparteien in Form von moralischer und praktischer Unterstützung einhergeht. Lediglich vier der elf Kandidatinnen wird der uneingeschränkte Rückhalt ihrer Ortspartei zuteil. Kandidatinnen müssen also nicht nur die Wähler_innen gewinnen, sondern – häufiger als die Kandidaten – darüber hinaus auch ihre Ortsparteien dafür gewinnen, dies gemeinsam mit ihnen zu tun.
Tab. 3 zeigt zusammenfassend, dass jeweils mehr Kandidatinnen als Kandidaten in der Wahlsituation die eingeschränkte oder nicht vorhandene Ausprägung der Handlungsressource zuteil wird, dagegen mehr Kandidaten als Kandidatinnen die uneingeschränkte Ausprägung.

Tabelle 3: Verteilung der Handlungsressourcen der Wahlsituation auf die Kandidatinnen und Kandidaten

Handlungsressourcen (HR)	Verteilung der Ausprägungen der Handlungsressourcen auf die Kandidatinnen (IN, N=11) und Kandidaten (ER, N=11)					
	IN	ER	IN	ER	IN	ER
	uneingeschränkte HR		*eingeschränkte* HR			
Eignung(sbeurteilung)	einschlägig		nicht einschlägig			
	2	7	9	4		
situative Wahlchancen	sehr gut		gemischt		seht schlecht	
	1	3	6	6	4	2
Rückhalt der Ortspartei	uneingeschränkt		eingeschränkt			
	4	7	7	4		

Handlungsressourcen der Regierungssituation

Folgende Handlungsressourcen wurden als für Bürgermeister_innen in der Regierungssituation relevant definiert und mit folgenden Indikatoren erfasst:

Tabelle 4: Handlungsressourcen der Regierungssituation und ihre Indikatoren im Überblick

Handlungsressourcen	(Unter-)Indikatoren
parteipolitische Ausgangslage	Rat-Bürgermeister_in-Konstellation
Vereinbarkeitssituation	• Verfügbarkeit • Rückhalt

Parteipolitische Ausgangslage

Der für Bürgermeister_innen relevanteste Aspekt der parteipolitischen Ausgangslage in ihren Amtsstädten ist laut kommunalwissenschaftlicher Führungsforschung (u.a. Holtkamp 2008), wie sich die Mehrheitsverhältnisse im Rat zum eigenen Parteibuch verhalten – die Rat-Bürgermeister_in-Konstellation (RBK). Folgende RBK werden unterschieden: Bei klaren dauerhaften Mehrheiten liegt Homogenität vor, wenn Bürgermeister_in und Ratsmehrheit derselben Partei angehören bzw. wenn die Partei, der der_die Bürgermeister_in angehört, im Ratsmehrheitsbündnis vertreten ist. Kohabitation ist die Konstellation, wenn der_die Bürgermeister_in ein anderes Parteibuch hat als die Ratsmehrheit. Wechseln die Mehrheiten je nach anstehender Entscheidung, gibt es die RBK wechselnder Mehrheiten.
Die RBK versieht Bürgermeister_innen mit unterschiedlichen Chancen, Amtserfolg zu erlangen. Bogumil/Gehne/Holtkamp (2003, 28) schreiben den beiden RBK

Homogenität und Kohabitation mit dem Begriff der Zwei-Klassen-Gesellschaft die Macht zu, die Regierungssituationen in solche der ersten Klasse und solche der zweiten Klasse einzuteilen. Denn die drei möglichen RBK bringen für die Bürgermeister_innen sehr unterschiedliche Handlungsspielräume mit sich, die sich aus ihrer mehrheitsbedingt je unterschiedlichen strukturellen Durchsetzungsfähigkeit im Rat ergeben.
Homogenität als attraktivste RBK zeigt sich in der Fallauswahl als zahlenmäßig bürgermeisterdominierte RBK (1:5). Kohabitation als unattraktivste RBK ist in der Fallauswahl ausschließlich Bürgermeisterinnen und keinem Bürgermeister (5:0) vorbehalten. Die RBK wechselnder Mehrheiten verteilt sich etwa gleich auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (5:6). Die RBK stellt also hinsichtlich ihrer Verteilung eine deutlich geschlechtlich strukturierte Handlungsressource dar (Tab. 5).
Das genaue Zustandekommen von RBK nach Ratswahlen bleibt bislang zu sehr im Dunkeln, um einen belastbaren Zusammenhang zu Geschlecht herstellen zu können. Ein entscheidender Verteilungsmechanismus konnte jedoch ausgemacht werden: Die parteipolitische Großwetterlage der Amtsstadt in der Wahlsituation ist ein Vorbote der parteipolitischen Ausgangslage der Regierungssituation. Kandidat_innen mit sehr schlechten situativen Wahlchancen, nachweislich zumeist Kandidatinnen, erwartet also bei Wahlgewinn tendenziell die (sehr unattraktive) Kohabitation, während die (sehr attraktive) Homogenität bei sehr schlechten Wahlchancen so gut wie ausgeschlossen ist und damit eher Kandidaten vorbehalten bleibt.

Vereinbarkeitssituation

Die zweite Handlungsressource der Regierungssituation ist die Vereinbarkeitssituation der Bürgermeister_innen, also ihre außerberufliche Lebenssituation. Der Forschungsstand legt die Betrachtung der Vereinbarkeitssituation nahe, da er das Bürgermeister_in-Amt – wie auch andere politische Positionen – u.a. durch die Spielregel der Verfügbarkeit (u.a. Scholz 2004) und als 1,5 Personen-Beruf (Beck-Gernsheim 1980) mit bestimmten Rückhaltsanforderungen charakterisiert. Gleichzeitig weist er nach, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihr Amt in unterschiedlichen Familien- bzw. Partnerschaftskonstellationen antreten (u.a. Bertelsmann Stiftung/Deutscher Städtetag/Deutscher Städte- und Gemeindebund 2008). (Wie) spielen die jeweiligen außerberuflichen Lebenssituationen mit den Amtsanforderungen zusammen?
Die Verfügbarkeitsanforderung verlangt idealtypisch die Abwesenheit von Fürsorgeverpflichtungen. Wenn Fürsorgebedarf für Kinder und/oder ältere Angehörige besteht, dürfen daraus keine Fürsorgepflichten für die Bürgermeister_innen werden. Bürgermeisterinnen erreichen diese Verfügbarkeit vereinbarkeitsbiografisch zu anderen Konditionen: Sie gehen ohne Fürsorgepflichten in Kandidatur und Amt, weil es keinen hohen Fürsorgebedarf (mehr) zu decken gibt. Die Bürgermeister hingegen haben keine Fürsorgepflichten, weil es entweder auch in ihren außerberuflichen Le-

benssituationen keine Fürsorgebedarfe (mehr) gibt oder sie die Fürsorgepflichten im Rahmen der Partnerschaftskonstellation des Karriere-Zuverdienerin-Modells an ihre Partnerinnen delegieren.
Die Rückhaltsanforderung beinhaltet idealtypisch, dass jemand Haus- und Versorgungsarbeit übernimmt, sowie die Bereitschaft der Familie, bei Repräsentationsterminen zu begleiten und den öffentlichen Zugriff auf Privates zu akzeptieren. Lediglich das Karriere-Zuverdiener_in-Modell ermöglicht diesen idealtypischen Rückhalt. In diesem Modell lebt keine einzige Bürgermeisterin, jedoch die meisten Bürgermeister. Aber auch dieses Modell ist kein Garant für uneingeschränkten Rückhalt. Dass die Zumutbarkeit von 1,5 Personen-Berufen hinterfragt gehört, zeigt sich darin, die Handlungsressource Vereinbarkeitssituation in uneingeschränkter Ausprägung lediglich bei zwei Bürgermeistern konstant und bei zwei Bürgermeistern phasenweise vorhanden ist. Bei allen anderen Bürgermeister_innen gibt es Abstriche.

Tabelle 5: Verteilung der Handlungsressourcen in der Regierungssituation auf die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Handlungsressourcen (HR)	**Verteilung der Ausprägungen der Handlungsressourcen auf die Bürgermeisterinnen (IN, N=11) und Bürgermeister (ER, N=11)**					
	IN	**ER**	**IN**	**ER**	**IN**	**ER**
	***uneingeschränkte* HR**		***eingeschränkte* HR**		***keine* HR**	
parteipolitische Ausgangslage	Homogenität		wechselnde Mehrheiten		Kohabitation	
	1	5	5	6	5	0
Vereinbarkeitssituation	uneingeschränkte Verfügbarkeit und uneingeschränkter Rückhalt		Verfügbarkeit, eingeschränkter Rückhalt		eingeschränkte Verfügbarkeit und eingeschränkter Rückhalt	
	0	2 (2)*	9 (2)	7 (2)	(2)	0

* Die in Klammern stehenden Zahlen betreffen die zwei Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, deren Verfügbarkeit und/oder Rückhalt phasenweise gewechselt hat.

Den ersten Ergebnisstrang zusammenfassend, lässt sich empirisch ein deutlicher geschlechterhierarchischer Einfluss auf die Verteilung der Handlungsressourcen nachzeichnen. Die Mechanismen, die diese Verteilungen hervorbringen, korrespondieren zudem mit den drei Gender-Dimensionen (Pimminger 2012) – es sind also geschlechterbedingte nachteilige Ausgangslagen.
Dem steht jedoch der zweite Ergebnisstrang gegenüber: Der tatsächliche Wahlerfolg und Amtserfolg, der sich in der Erstwahl und in mindestens einer Wiederwahl zeigt, unterscheidet sich nicht zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten bzw. Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Wie passt das zueinander?

Einordnung: ‚Männliche' Standards und Ansätze für ihre Aushebelung

Folgende Deutung (unter anderen) vermag diese Diskrepanz erklären: Die Handlungsressourcen statten lediglich mit Kapital aus, dessen Ausprägungen abgestufte Chancen auf Erfolg mit sich bringen. In der Erstwahl und Wiederwahl zeigt sich dann der tatsächliche Erfolg. Es scheint denkbar, dass ‚männliche' Standards zwar für die Zuweisung von Handlungsressourcen seitens der Ortsparteien und damit für die Chancen auf Erfolg eine Rolle spielen, jedoch nicht bzw. deutlich weniger für den tatsächlichen Erfolg.
Gender erzeugt in Form von Geschlechternorm, Geschlechterordnung und gesellschaftlicher Geschlechterstruktur im Grunde genommen artifizielle Bewertungsstandards, die die Verteilung(smechanismen) steuern. Dagegen werden Wahlerfolg und Amtserfolg jenseits dieser Artefakte vielleicht sachlicher bzw. individueller und damit vergleichsweise Gender-unabhängiger seitens der Wähler_innen zugesprochen. Kurzum: Möglicherweise werden Handlungsressourcen eher mit starkem gender bias entlang ‚männlicher' Standards verteilt, dagegen Wahlerfolg und Amtserfolg mit geringe(re)m gender bias entlang objektiv(er)er Standards.
Besonders anfällig für eine artifizielle Bewertung scheinen die Handlungsressourcen, die stark normativ geprägt sind:[15]

- die Eignung(sbeurteilung), die wesentlich auf den heuristischen Eignungskriterien des KandidatEN-Profils basiert und
- die Vereinbarkeitssituation, die wesentlich auf der idealtypischen Verfügbarkeits- und Rückhaltsanforderung des Bürgermeister_in-Amtes beruht.

Der Erfolg der Kandidatinnen und der Bürgermeisterinnen, obwohl sie weder das KandidatEN-Profil noch die idealtypische Verfügbarkeits- und Rückhaltsanforderung uneingeschränkt erfüllen, kann dahingehend gedeutet werden, dass diese ‚männlichen' Standards ihre Legitimation verloren haben.

Gleiche Handlungsressourcen und endlich Gleichheit! Für einen Kulturwandel in der Politik

Empirisch nachzuzeichnen, wer warum mit welchen Handlungsressourcen ausgestattet wird, erschließt die ungleichen Bedingungen nominierter Kandidatinnen und gewählter Bürgermeisterinnen im Vergleich zu ihren männlichen Amtskollegen. Aus der qualitativ angelegten Forschung leiten sich zweierlei Forschungsbedarfe ab: zum einen zur Reichweite und Übertragbarkeit mit der Frage, ob diese Handlungsressourcen und die geschlechtliche Strukturierung ihrer Verteilung(smechanismen) auch für Bürgermeister_innen anderer Bundesländer, Gemeindegrößen und Parteien bzw. ohne Parteibuch gelten.[16]

Zum anderen sollten die beiden zentralen ausschlussrelevanten Eigenlogiken des kommunalpolitischen Feldes – die Eignung(sbeurteilung) entlang des KandidatEN-Profils und die Verfügbarkeits- und Rückhaltsanforderung des Amtes – weiter hinterfragt werden.[17] Denn: Die herkömmliche Männer und ‚Männlichkeit' privilegierende Beurteilung von Eignung sowie Definition von Amtsanforderungen behindert eine konsequente Bestenauslese und angemessene Unterstützung des kommunalpolitischen Spitzenpersonals – und problematisiert damit das politische Geschäft nicht nur aus gleichstellungspolitischer Perspektive. Ein grundlegender Kulturwandel muss daher die ‚männlichen' Standards zum Gegenstand machen, die in der Politik immer wieder den „Normalfall Mann" und „Ausnahmefall Frau" (re)produzieren.
Erfreulich, wenn die Politik selbst erkennt, dass hier in ihrem ureigensten Interesse Handlungsbedarf besteht. Die zentrale Erkenntnis, die zur gesetzlichen Regulierung von Wissenschaft, Verwaltung und zuletzt auch der Privatwirtschaft führte, war jedoch, dass die geschlechterparitätische Besetzung von Entscheidungs- und Führungspositionen nicht funktioniert, wenn sie allein dem good will der Akteur_innen überlassen wird.[18]Also gilt auch für die Politik: Ohne Paritätsgesetz kein Kulturwandel – ohne Kulturwandel keine Parität in der Politik (ausführlicher dazu siehe Lukoschat/Belschner 2017; Kletzing 2017b, 2016; Kletzing/Bonk 2018)!
Vor 100 Jahren ging es darum, dass Frauen als Wählerinnen und Gewählte überhaupt an Politik und Gesellschaft partizipieren durften. Das hat die Einführung des Frauenwahlrechts geschafft. Heute geht es um die gleichberechtigte Partizipation von Frauen an Politik und Gesellschaft: gleichberechtigt im Zugang zu Positionen und gleichberechtigt in den Bedingungen, um in diesen Positionen erfolgreich sein zu können. Das kann nur ein Paritätsgesetz schaffen. Dies zu erstreiten und zu erkämpfen ist die Aufgabe für das zweite Jahrhundert Frauenwahlrecht – wenngleich das hoffentlich keine 100 Jahre mehr dauert!

Anmerkungen

1 Die prekäre Datenlage zu Frauen in der Politik ist ein Missstand, der den Missstand der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik noch befeuert. Die Datenbeschaffung und -aktualisierung, insbesondere auf der kommunalen Ebene, stellt sich als sehr aufwändig dar. Die Zahlen basieren daher auf unterschiedlichen Quellen (BMFSFJ 2017; Lukoschat/Belschner 2017) und nicht selten auf eigenen Auszählungen.

2 ‚Weiblich(keit)' und ‚Männlich(keit)' werden im Aufsatz in einfache Anführungsstriche gesetzt, weil sie Konstrukte sind, die jedoch sehr reale Gestalt annehmen. Ausdruck dieser Zwischenstellung sind die einfachen Anführungsstriche.

3 Die Fallauswahl umfasste ausschließlich hauptamtliche, keine ehrenamtlichen Bürgermeister_innen – sprachökonomisch im Aufsatz als „Bürgermeister_innen" bezeichnet.

4 Damit folgt die Untersuchung den lauter werdenden Stimmen auch anderer politikwissenschaftlicher Grenzgänger_innen (u.a. Holtkamp/Schnittke 2010; Geißel 2004), dass nur der Brückenschlag zwischen Gender- und Mainstream-Forschung nachhaltige Erkenntnisse für die jeweiligen Forschungsinteressen verspricht.

5 Weil Pimminger (2012) eine umfassende Analyse und Integration bisheriger Frauen- und Geschlechterforschung vorgenommen hat, rechtfertigt sich der vornehmliche theoretische Fokus auf ihre Arbeit.

6 Double bind steht für den „doppelten Standard", der an Frauen in männlich kodierten Handlungssituationen (z.B. Führungspositionen, Politik) angelegt wird, widersprüchlichen bis unvereinbaren ‚weiblichen' und ‚männlichen' Erwartungen entsprechen zu müssen.

7 Die neben Bertelsmann Stiftung/Deutscher Städtetag/Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008) zweite geschlechtervergleichende Bürgermeister_innen-Studie von Lukoschat/Belschner (2014) lag erst nach Konzeptualisierung und Datenerhebung dieser Forschung vor und konnte daher erst in die Datenauswertung einfließen.

8 Lediglich Unterschiede in Form sehr latenter Ausschlüsse von Kandidatinnen bzw. Bürgermeisterinnen, wie sie Meyer (1997, 359) als „Widerstände und subtilere Abwehrstrategien" beschreibt, wurden erwartet.

9 Die Fallauswahl entspricht einem most similar cases-design: Die Gemeindegröße, das Bundesland und die Partei(zugehörigkeit) wurden als Drittvariablen vereinheitlicht, nur die Variable Genusgruppe wurde systematisch variiert. Dadurch wird die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse auf von den vereinheitlichten Drittvariablen abweichende Kontexte zwar eingeschränkt, jedoch der Erkenntnisgewinn hinsichtlich der interessierenden Variable Geschlecht maximiert.

10 Alle Erhebungs- und Auswertungsinstrumente befinden sich vollständig im Anhang von Kletzing (2017a).

11 Lediglich ein Bürgermeister ist von vornherein nur für eine Wahlperiode angetreten. Alle anderen Untersuchten wurden spätestens in der Bürgermeister_in-Wahl 2014/15 mindestens einmal wiedergewählt.

12 Jede Bewertung von Eignung ist auch von Subjektivität gefärbt. Um dieser Nichthintergehbarkeit des Subjektiven Rechnung zu tragen, wird die Handlungsressource begrifflich als „Eignung(sbeurteilung)" gefasst.

13 Die männliche Schreibweise „KandidatEN-Profil" soll zum einen explizieren, dass die statistische Mehrheit, deren Merkmale hier beschrieben werden, Bürgermeister waren und anzunehmen ist, dass mögliche biografische Spezifika von Bürgermeisterinnen als statistische Minderheiten in der soziodemografischen Beschreibung verschwinden. Zum anderen bildet der Begriff auch den Androzentrismus der Eignungskriterien ab.

14 Inwiefern sich Gender in den Werdegängen/Lebenszusammenhängen der Befragten zeigt, war eine eigene Fragestellung der diesem Beitrag zugrundeliegende Dissertation. Dafür wurde eine eigene Indikatorik (Lebensalter, politisch-beruflicher Werdegang, lokale Bindung, Familienverhältnisse) entwickelt und u.a. für die Messung der Eignung(sbeurteilung) verwendet.

15 Gleichzeitig stellen sich diese beiden normativen Grundlagen bzw. die aus ihnen hervorgehenden Ausprägungen der Handlungsressourcen als besonders wirkmächtig heraus, weil sie auch auf die anderen Handlungsressourcen ausstrahlen. Damit sind sie maßgeblich für die Verteilung(smechanismen) der Handlungsressourcen insgesamt.

16 Insbesondere den ausschlussrelevanten Feinheiten in den politisch-beruflichen Werdegängen sowie bzgl. der zahlenmäßigen Verteilung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die drei Rat-Bürgermeister_in-Konstellationen sollte repräsentativ für die Grundgesamtheit aller Bürgermeister_innen nachgegangen werden.

17 Erste Ansätze, wie jenseits ‚männlicher' Standards die Eignungskriterien in Form eines Bürgermeister_in-Profils und die Verfügbarkeits- und Rückhaltsanforderung im Umfang eines 1 Person-Berufs definiert werden könnten, finden sich in Kletzing (2017a).

18 Nur gesetzliche Regulierung kann den eigentlich notwendigen Kulturwandel anstoßen. „Dieses Gesetz bewirkt einen Kulturwandel", so die damalige Bundesfrauenministerin Schwesig in ihrer Rede, als sie den Gesetzentwurf für die Privatwirtschaft vorlegte (Schwesig 2015).

Literatur

Andersen, Uwe/**Bovermann**, Rainer (Hg.), 2002: Im Westen was Neues. Kommunalwahl 1999 in NRW. Opladen.

Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1980: Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt/M.

Bertelsmann Stiftung/Deutscher Städtetag/Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hg.), 2008: Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Gütersloh. Internet: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf (1.8.2018).

Bogumil, Jörg/**Gehne**, David H./**Holtkamp**, Lars, 2003: Gestaltungsfreiheit im Süden größer. In: Städte- und Gemeinderat. (10), 26-28.

Bogumil, Jörg/**Heinelt**, Hubert (Hg.), 2005: Bürgermeister in Deutschland. Politikwissenschaftliche Studien zu direkt gewählten Bürgermeistern. Wiesbaden.

Bogumil, Jörg/**Holtkamp**, Lars, 2005: Die Machtposition der Bürgermeister im Vergleich zwischen Baden-Württemberg und NRW. In: Bogumil, Jörg/Heinelt, Hubert (Hg.): Bürgermeister in Deutschland. Politikwissenschaftliche Studien zu direkt gewählten Bürgermeistern. Wiesbaden, 33-85.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2017: 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Internet: https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMFSFJ/3_-Atlas-zur-Gleichstellung-von-Frauen-und-M%C3%A4nnern-in-Deutschland-deutsch_BMFSFJ16-114010.html (30.6.18).

Gehne, David H., 2002: Die neuen Bürgermeister. In: Andersen, Uwe/Bovermann, Rainer (Hg.): Im Westen was Neues. Kommunalwahl 1999 in NRW. Opladen, 221-233.

Gehne, David H., 2008: Bürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden.

Geißel, Brigitte, 2004: Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung. Ein Literaturüberblick. Discussion Paper Nr. SP IV 2004-403, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Internet: https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/11813 (1.8.18).

Grasselt, Nico/**Korte**, Karl-Rudolph, 2008: Führung in Politik und Wirtschaft. Wiesbaden.

Helms, Ludger, 2008: „Political Leadership": Perspektiven und Befunde der vergleichenden Politikwissenschaft. In: Zimmer, Annette/Jankowitsch, Regina (Hg.): Political Leadership. Annäherungen aus Wissenschaft und Praxis. Berlin, München, Brüssel, 15-42.

Holtkamp, Lars, 2008: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Wiesbaden.

Holtkamp, Lars/**Schnittke**, Sonja, 2010: Die Hälfte der Macht im Visier – Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Bielefeld, Internet: https://www.fernuni-hagen.de/polis/lg4/projekte/kommunalpolitik.shtml (1.8.18).

Kletzing, Uta, 2016: Agenda-Setting for a German parity law. Comments Paper im Rahmen der Tagung „Women in political decision-making", EU Mutual Learning Programme in Gender Equality, Internet: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/exchange_of_good_practice_si/de_comments_paper_si_2016_en.pdf (10.12.17).

Kletzing, Uta, 2017a: Die ausgeschlossenen Eingeschlossenen. Wahlsituation und Regierungssituation von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Geschlechtervergleich, Fernuniversität in Hagen. Internet: https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/mir_derivate_00001093/Diss_Kletzing_Eingeschlossenen_2017.pdf (30.6.18).

Kletzing, Uta, 2017b: Mehr Frauen für die Politik gewinnen – Ein Interview mit Dr. Uta Kletzing. MuP-Interview, Oktober 2017. Internet: https://www.fes-mup.de/files/mup/pdf/interviews/Interview_Kletzing.pdf (10.12.17).

Kletzing, Uta/**Bonk**, Christiane, 2018: Eine (un)endliche Geschichte? Frauenwahlrecht damals und heute. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte. Berlin.

Kletzing, Uta/**Lukoschat**, Helga, 2010: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Kurzfassung, hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Internet: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Engagiert-vor-Ort-Kurzfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (1.8.2018).

Krell, Gertraude (Hg.), 2004a: Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen, Problemanalysen, Lösungen. Wiesbaden.

Krell, Gertraude, 2004b: „Vorteile eines neuen, weiblichen Führungsstils": Ideologiekritik und Diskursanalyse. In: Krell, Gertraude (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen, Problemanalysen, Lösungen. Wiesbaden, 377-392.

Lukoschat, Helga/**Belschner**, Jana, 2014: Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeisterin in Ost und West. Berlin. Internet: https://www.frauen-macht-politik.de/.../P_Frauen-Fuehren-Kommunen_Studie.pdf (1.8.18).

Lukoschat, Helga/**Belschner**, Jana, 2017: Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik. Internet: https://www.frauen-macht-politik.de/fileadmin/Dokumente/Wegweiser_zu_Paritaet_in_der_Politik_web.pdf (17.3.18).

Mayring, Philipp, 2003: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Stuttgart.

Mayntz, Renate/**Scharpf**, Fritz (Hg.), 1995: Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt/M.

Meyer, Birgit, 1997: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt/M.

Pimminger, Irene (2012): Was bedeutet Geschlechtergerechtigkeit? Normative Klärung und soziologische Konkretisierung. Opladen, Berlin et al.

Schaeffer-Hegel, Barbara/**Foster**, Helga/**Lukoschat**, Helga/**Mersmann**, Rita/**Ude**, Silke/**Weber**, Ulla, 1998: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen. Pfaffenweiler.

Scharpf, Fritz, 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Wiesbaden.

Scholz, Anja, 2004: Oberbürgermeisterinnen in Deutschland. Zum Erfolg weiblicher Führungspersönlichkeiten. Wiesbaden.

Schwesig, Manuela, 2015: Bundestagsrede zur Frauenquote. Internet: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/mediathek/bundestagsrede-von-manuela-schwesig-zur-frauenquote/83794 (1.8.18).

Wetterer, Angelika, 2010: Konstruktion von Geschlecht: Reproduktionsweisen der Zweigeschlechtlichkeit. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 126-136.

Zimmer, Annette/**Jankowitsch**, Regina (Hg.), 2008: Political Leadership. Annäherungen aus Wissenschaft und Praxis. Berlin, München et al.